

Absender:		E-Mail:	
Kreis:		Telefon:	
Ansprechpartner:		Telefax:	
Straße:		Kreditinstitut:	
PLZ:		IBAN:	
Ort:		BIC:	

Kreis Stormarn
 Fachdienst Planung und Verkehr
 Mommsenstraße 14
 23843 Bad Oldesloe

- **Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus Kommunalisierungsmitteln für die Herstellung von barrierefreien Bushaltestellen im Kreis Stormarn**

Geplantes Vorhaben

Kurzbeschreibung des Vorhabens:

Geplanter Durchführungszeitraum:	bis
----------------------------------	-----

Voraussichtliche Gesamtausgaben:	
davon zuwendungsfähige Ausgaben:	

Geplante Finanzierung

Beantragter Kreiszuschuss:	
Eigenmittel:	

Als Anlage werden beigefügt:

1. Erläuterungsbericht (Name der Haltestelle, Haltestellennummer, Kategorie (I,II oder III), Fahrtrichtung, Art der Haltestelle (Fahrbahnrand, Busbucht oder Haltestellenkap), Beschreibung des Bauvorhabens)
2. Kostenschätzung (maßgebliche Positionen mit Mengen, Einheits- und Gesamtpreisen)
3. Lageplan, Skizze der Haltestelle, evtl. Übersichtslageplan
4. Erklärungen gem. Anlage 1
5. Bestätigung über die Vorstellung der Maßnahme in den politischen Gremien (Beschluss / Protokollauszug)

Es wird bestätigt, dass abgesehen von einem Zuschuss des Kreises in Höhe von 75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben die übrige Finanzierung des Vorhabens gesichert ist.

Ort, Datum

Antragsteller (Stempel, Unterschrift)

Anlage 1:

Erklärungen zur Förderung von Bushaltestellen

1. Es wird bestätigt, dass das Vorhaben im Regionalen Nahverkehrsplan des Kreises vorgesehen ist.
2. Es wird bestätigt, dass das Vorhaben mit städtebaulichen Planungen abgestimmt ist, soweit ein Zusammenhang besteht.
3. Es wird bestätigt, dass das Vorhaben bau- und verkehrstechnisch einwandfrei und unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant ist.
4. Es wird bestätigt, dass die Maßnahme Belange behinderter und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung berücksichtigt und den Anforderungen der Barrierefreiheit entspricht und bei der Vorhabenplanung die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte angehört worden sind.
5. Es wird bestätigt, dass eine Abstimmung der beantragten Maßnahme zwischen den Kommunen, den Straßenbaulastträgern und den Verkehrsbetrieben erfolgt ist.
6. Es wird bestätigt, dass mit dem Bau des beantragten Projekts nicht begonnen wird, bevor die bewilligende Stelle dem Maßnahmenbeginn zugestimmt hat (Planung und Ausschreibung sind förderunschädlich).
7. Der Antragsteller erklärt, ich/ wir bin/sind vorsteuerabzugsberechtigt ja nein

Ort, Datum

Antragsteller (Stempel, Unterschrift)